

# DEUTSCH-POLNISCHES BAROMETER 2012

POLNISCHE ANSICHTEN ZUR ROLLE DEUTSCHLANDS IN EUROPA  
UND ZU DEN DEUTSCH-POLNISCHEN BEZIEHUNGEN

Agnieszka Łada



# Inhaltsverzeichnis

<b>Schlussfolgerungen</b>	<b>5</b>
<b>Einführung</b>	<b>7</b>
<b>Hilfe für wirtschaftlich angeschlagene Länder</b>	<b>9</b>
<b>Deutsche Vorschläge für Maßnahmen zur Krisenbekämpfung</b>	<b>11</b>
<b>Die Rolle Deutschlands bei der Vertiefung der europäischen Integration</b>	<b>12</b>
<b>Deutschlands Profit aufgrund der gemeinsamen europäischen Währung</b>	<b>16</b>
<b>Deutschlands Position in Europa in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise</b>	<b>17</b>
<b>Einfluss der gestärkten Position Deutschlands auf die Situation Polens</b>	<b>18</b>
<b>Die deutsch-polnische Partnerschaft in Europa</b>	<b>20</b>
<b>Bewertung der deutsch-polnischen Beziehungen</b>	<b>21</b>
<b>Fazit</b>	<b>26</b>
<b>Verzeichnis ausgewählter Publikationen aus dem Bereich der deutsch-polnischen Beziehungen</b>	<b>29</b>
<b>Zur Autorin</b>	<b>30</b>



- ▶ Polen bewerten sowohl Deutschlands Stellung und Vorgehen in der Europäischen Union als auch die deutsch-polnischen Beziehungen insgesamt positiv.
- ▶ In Polen herrscht die Meinung vor, dass Deutschland anderen Ländern helfen sollte, denn das bedeute europäische Solidarität (66%). Die Meinung, dass die EU-Mitgliedstaaten ihre Schulden jeweils selbst verantworten sollen, teilt etwas mehr als ein Viertel aller Befragten (29%).
- ▶ Die Polen befürworten mehrheitlich die Position der deutschen Bundesregierung und sprechen sich für die Einführung radikaler Sparmaßnahmen in wirtschaftlich angeschlagenen Staaten aus (63%). Doch etwas mehr als ein Viertel der Befragten (28%) denkt, dass etwa radikale Kürzungen im öffentlichen Bereich zu wirtschaftlicher Stagnation führen und im Endeffekt die Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise sogar verhindern könnten.
- ▶ Seit Jahren schon ist die Mehrheit der Polen der Meinung, dass Deutschland zu einer besseren Kooperation in Europa beiträgt. Jedoch ist in den letzten Jahren ein Rückgang positiver Antworten auf diese Frage zu verzeichnen. Derzeit ist etwas mehr als die Hälfte aller Befragten (58%) davon überzeugt, dass Deutschland zu einer verbesserten Kooperation in der Europäischen Union beiträgt. Im Jahr 2010 wurde diese Meinung noch von über zwei Dritteln der Befragten (69%) geteilt. Der aktuell gemessene Wert ist zugleich der niedrigste seit Beginn der Durchführung von Meinungsumfragen zu diesem Thema im Jahr 2005.
- ▶ Während der letzten drei Jahre gab es keine Veränderung im polnischen Meinungsbild betreffend die nach wie vor so vertretene Ansicht, Deutschland strebe in der Europäischen Union nach der Umsetzung eigener Ziele, achte aber zugleich die Interessen anderer Staaten (55%). Im selben Zeitraum ist jedoch die Anzahl derjenigen Befragten gestiegen (von 28% auf 37%), die der Meinung sind, Berlin setze seine Politik auf Kosten anderer Länder durch.
- ▶ Ähnlich wie vor drei Jahren äußern zwei Drittel der Polen die Überzeugung, Deutschland trage zur Vertiefung der europäischen Integration bei (67%). Gleichzeitig gab es allerdings einen Anstieg von 9% unter denjenigen, die Deutschland vielmehr als Bremse der europäischen Integration sehen (20%).
- ▶ In den letzten Jahren ist die Anzahl der polnischen Befragten gesunken, die sich eine Einschätzung der deutschen Europapolitik persönlich nicht zutrauen. Grund hierfür könnte die verstärkte Berichterstattung zur Krise in der Europäischen Union sein, sowie die damit einhergehende mediale Begleitung entsprechender Maßnahmen der Regierung in Berlin.

- ▶ **Die meisten Polen sind der Meinung, dass die gemeinsame Währung, der Euro, Deutschland Vorteile bringt (55%).** Ein Drittel aller Befragten sieht aufgrund der gemeinsamen Währung hingegen auch Nachteile für Deutschland, da das Land aufgrund dieser Tatsache auch für Schulden anderer Staaten der EU in besonderer Weise entstehen müsse (32%).
- ▶ **Mehr als die Hälfte der Befragten (59%) sind der Meinung, Deutschlands Position in Europa sei seit dem Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise gestärkt.** Lediglich 16 % der Polen sehen Deutschland mit Blick auf seine Bedeutung hingegen geschwächt. Ebenso viele Befragte werten die Position Deutschlands infolge der Krise als unverändert.
- ▶ **Die meisten Polen – fast die Hälfte (42%) – sind der Meinung, dass die Stärkung der Position Deutschlands für Polen „mit Sicherheit“ bzw. „eher“ vorteilhaft ist.** Gegenteiliger Ansicht ist ein Fünftel aller Befragten (21%). Beinahe ein Drittel der Befragten (30%) erkennt in Zusammenhang mit einer Stärkung Deutschlands keine Veränderungen für Polen.
- ▶ **Von einer deutsch-polnischen Partnerschaft auf EU-Ebene sind die Polen hingegen nicht überzeugt.** Die Hälfte aller Befragten ist der Überzeugung, dass Deutschland Polen selten als gleichberechtigten Partner behandelt (50%).
- ▶ **Beinahe drei Viertel der Polen bewerten die deutsch-polnischen Beziehungen als „sehr gut“ bzw. „eher gut“ (72%).** Diese Werte haben sich in den letzten Jahren kaum verändert (Im Jahr 2010 waren 75% der Befragten dieser Meinung).
- ▶ **Die meisten Polen (40%) sind der Meinung, die deutsch-polnischen Beziehungen hätten in den letzten Jahren mehr Vorteile für Deutschland mit sich gebracht als für Polen.** 17% der Befragten sehen hingegen mehr Vorteile für die polnische als für die deutsche Seite. Für 30% der Befragten profitieren beide Länder zu gleichen Teilen. Lediglich 5% der Befragten sind der Meinung, dass keiner der beiden Staaten Vorteile aufgrund der beiderseitigen Beziehungen hat.
- ▶ Die Einschätzungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union verteilen sich analog zu den in Polen gemessenen Werten betreffend die Frage der parteipolitischen Präferenz.
- ▶ Diejenigen, die die Rolle Deutschlands in Europa allgemein positiv bewerten, äußern sich auch positiv zu den deutsch-polnischen Beziehungen.



Das Auftreten und die Rolle Deutschlands in der Europäischen Union werden sowohl in Deutschland als auch in den anderen Mitgliedstaaten der EU genauestens verfolgt. Aufgrund der dynamischen wirtschaftlichen Situation und des notwendigen Handlungsbedarfs, der gerade Berlin zur Ergreifung von Maßnahmen aufruft, werden Fragen zu diesem Thema derzeit entschieden häufiger gestellt. In ganz Europa wird über Berlins Entscheidungen, wechselnde Überlegungen und Vorschläge diskutiert. Die mit den unternommenen Schritten nun verbundenen Erwartungen der Europäer unterscheiden sich je nach Land und aktueller Wirtschaftslage sowie den jeweils vertretenen Werten. Europa lässt sich unterteilen in die Befürworter von Sparmaßnahmen und in diejenigen, die als Methode der Krisenbekämpfung zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums aufrufen. Die einen sind der Meinung, dass die europäische Solidarität derzeit im Vordergrund stehen sollte. Die anderen wiederum wünschen sich, dass die Staaten ihre Schulden selbst verantworten. Eine weitere Gruppe ist der Meinung, dass die deutsche Wirtschaftspolitik der letzten Jahre zur Auslösung der Krise beigetragen hat. Indem die deutsche Regierung die Reduzierung der Produktionskosten zugelassen habe, sei in Deutschland das Einkommenswachstum gebremst worden, was wiederum zur Konsumsenkung geführt und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gesteigert habe. Im Endeffekt habe Deutschland ob seiner konkurrenzfähigen Produkte zu profitieren begonnen, den eigenen Ankauf im Ausland aber reduziert, was – laut den Befürwortern dieser These – zur Krise in anderen Ländern führte.

Mit jeder der dargestellten Ansichten verknüpft ist die Frage, ob die deutsche Politik richtig ist. In dieser Hinsicht werden Überlegungen angestellt, ob Deutschland zur besseren Kooperation und Vertiefung der europäischen Integration beiträgt oder aber, ob es seine eigenen Interessen auf Kosten anderer Staaten durchsetzt. In diesem Zusammenhang fragt man sich, ob Deutschlands Rolle in der Europäischen Union infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise an Bedeutung gewinnt oder verliert.

Auch in Polen gibt es geteilte Meinungen zu diesem Thema. Zwar entwickelt sich die einheimische Wirtschaft nach wie vor positiv und viele Probleme betreffen hauptsächlich direkt die Eurozone. Doch indirekt bekommt auch Polen die Folgen der Krise zu spüren: Man ist sich dessen bewusst, dass die in der Europäischen Union eingeführten Reformen die polnische Zukunft beeinflussen werden. Von daher ist jeder Schritt, den Polens westlicher Nachbar unternimmt, von besonderer Bedeutung. Im Kontext der Beobachtungen und bezüglich der Gewichtung der polnischen Einschätzungen der Rolle Deutschlands in Europa dürfen zudem sowohl die starken wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen zwischen Deutschland und Polen sowie deren historische Erfahrungen nicht außer Acht gelassen werden.

Die Debatte über die Krise in der Europäischen Union und die Rolle Deutschlands hat einen direkten Einfluss auf die deutsch-polnischen Beziehungen. Die Existenz einer „Union der zwei Geschwindigkeiten“ und die sich verschärfende Aufspaltung in Länder der Eurozone und solche außerhalb der Währungsunion stellen die Gleichrangigkeit der verkündeten deutsch-polnischen Partnerschaft in Frage. Die deutschen Vorschläge zur Reform der Europäischen Union werden in Polen nicht immer positiv gesehen. Von daher lohnt es sich, die Meinung der Polen zum Stand der gegenseitigen Beziehungen und zu den Vorteilen, die sich daraus für beide Länder ergeben, zu erkunden.

Die jeweilige Wahrnehmung der deutschen Politik im Rahmen der Europäischen Union und der deutsch-polnischen Beziehungen variiert oft je nach politischer Partei und deren Anhängern. Die Politiker bedienen sich auch oft genau dieses Themas, um zu polarisieren. Von daher ist es bei der Analyse der Meinungen der polnischen Bürger interessant, die jeweilige Position der potentiellen Wähler der wichtigsten politischen Parteien zum untersuchten Themenbereich aufzuzeigen.

Um die Meinung der Polen zu den oben dargestellten Fragen zu erheben, haben das Institut für Öffentliche Angelegenheiten und die Konrad Adenauer Stiftung in Polen vorliegend eine weitere Untersuchung der Reihe „Deutsch-polnisches Barometer“<sup>1</sup> durchgeführt. Das Ziel ist es, die Meinung der Polen über die deutsche Europapolitik und die deutsch-polnischen Beziehungen kennenzulernen. Diesmal wurden jedoch weder die historischen Themen<sup>2</sup> noch andere Bereiche der bilateralen Kooperation im Rahmen der Europäischen Union berücksichtigt. Den Schwerpunkt der vorliegenden Untersuchung bilden aktuelle Fragen zur Wirtschafts- und Finanzkrise.

Diese Feldstudie wurde vom 6. bis 10. September 2012 im Auftrag des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten durch die GfK Polonia durchgeführt. Befragt wurde eine repräsentative Gruppe von 1.000 polnischen Bürgern im Alter von über 15 Jahren.

---

**1** Eine Liste bislang veröffentlichter Studien über die gegenseitige Wahrnehmung von Polen und Deutschen, die gemeinsam vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen durchgeführt wurden, findet sich am Ende dieses Berichts.

**2** Die letzte Forschungsreihe zur Wahrnehmung Deutschlands und der deutsch-polnischen Beziehungen durch die Polen zeigt, dass sich die Polen in den Beziehungen mit Deutschland stärker für die Konzentration auf die Gegenwart und die Zukunft als auf die Vergangenheit aussprechen. Dies motiviert zusätzlich, auch aktuelle Themen in den Studien aufzugreifen. Vgl.: A. Łada, *Blicken wir in die Zukunft. Die Meinung der Polen über die deutsch-polnische Zusammenarbeit und die Bedeutung der Geschichte in den deutsch-polnischen Beziehungen*, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2012.

## Hilfe für wirtschaftlich angeschlagene Länder

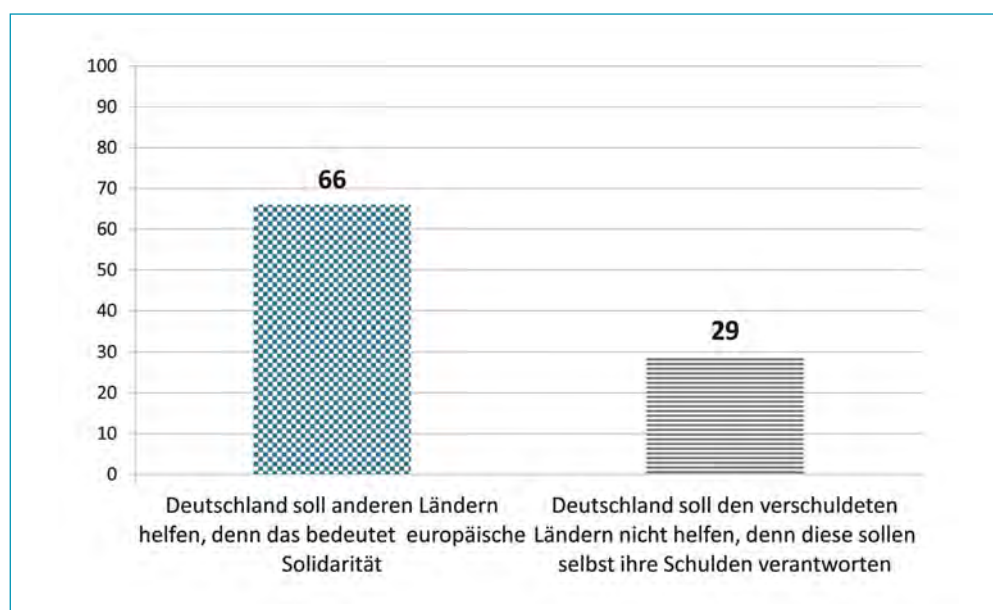


Seitdem ein Teil der Mitgliedstaaten der Europäischen Union in die sogenannte Schuldenkrise geraten ist, findet eine Debatte darüber statt, ob diesen Ländern geholfen werden soll und wenn ja, auf welche Art und Weise. Ebenso wird die Motivation zur Hilfeleistung hinterfragt.

Einerseits wird hierbei zum einen die Idee der *europäischen Solidarität* zur Begründung für die Rettung bedrohter Wirtschaften herangezogen: Sie ist einer der Werte, auf den sich die Europäische Union seit ihrer Gründung stützt. Zum anderen ist die Unterstützung finanziell angeschlagener Staaten aber auch rein pragmatisch begründet, da die Kosten, die mit der eventuellen Zahlungsunfähigkeit dieser Staaten einher gingen, auch andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union sehr schwer belasten würden. Andererseits gibt es aber gleichzeitig Stimmen, dass Staaten, die unter finanziellen Problemen leiden, selbst für ihre Schulden verantwortlich sein sollten. In dieser Debatte sind die Blicke der gesamten Gemeinschaft vor allem auf das reichste Land – Deutschland – gerichtet. Auf den deutschen Maßnahmen liegt besonderes Augenmerk, und es wird gefragt, ob diese eher als Hilfestellung oder unterlassene Hilfeleistung anzusehen sind.

In Reihen der Polen überwiegt die Meinung, dass Deutschland anderen Ländern helfen soll, da dies europäische Solidarität ausmacht. Diese Antwort wählen zwei Drittel der Befragten (66%). Ein wenig mehr als ein Viertel der Befragten (29%) meint, Deutschland solle den verschuldeten Ländern hingegen nicht helfen, da diese Staaten ihre Schulden selbst zu verantworten haben.

**Nach Meinung der Polen sollte Deutschland anderen Ländern als Ausdruck europäischer Solidarität helfen**



**Abb. 1.**  
„Soll Deutschland Ländern helfen, die unter wirtschaftlichen Problemen leiden?“  
(in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2012.

Soweit vorliegend auch die unterschiedlichen Meinungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen analysiert wurden, ergeben die Befragungen, dass sich die Antworten der ältesten Befragten von Aussagen anderer Teilnehmer unterscheiden. Menschen mit einem Alter von über 66 Jahren vertreten häufiger als jüngere Generationen die Meinung, dass Deutschland anderen Ländern nicht helfen muss, und dass diese Länder selbst zurechtkommen sollten. Eine solche Sicht kann basieren auf den Erfahrungen dieser Befragtengruppe, die viele Krisen in Polen während der letzten Jahrzehnte bewältigen musste. Damals rechnete man mit Hilfe im Rahmen der europäischen Solidarität, wobei die schlechte Situation in Polen nicht durch die Polen selbst verschuldet war. Die Befragten, die eine solche Antwort gaben, orientieren sich also womöglich an einem Gerechtigkeitsgefühl, das besagt: Für die eigenen Fehler muss man einstehen, und mit der Solidarität anderer kann man nur dann rechnen, wenn man nicht selbst den Schaden verursacht hat.

Die Frage nach der Angemessenheit deutscher Hilfen für wirtschaftlich angeschlagene Länder wird von den Anhängern der zwei größten Parteien Polens gleich bewertet. Potentielle Wähler der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO) und der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) gaben hierzu identische Antworten und bezogen sich verhältnismäßig häufiger als die übrigen Befragten auf den Geist der europäischen Solidarität.

**Tabelle 1.**  
„Soll Deutschland  
Ländern helfen, die  
unter  
wirtschaftlichen  
Problemen leiden?“  
– Verteilung je nach  
parteipolitischer  
Präferenz der  
Befragten  
(in %)<sup>3</sup>

Potentielle Wählerschaft	Ja, denn das macht europäische Solidarität aus	Nein, denn diese Länder sollen ihre Schulden selbst verantworten	Schwer zu sagen
<b>Insgesamt</b>	<b>66</b>	<b>29</b>	<b>5</b>
Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO)	73↑	26	1↓
Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS)	72↑	25	3
Polnische Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL)	54	40	6
Bund der Demokratischen Linken (Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD)	59	38	3
Palikot-Bewegung (Ruch Poparcia Palikota, RP)	73	24	3

Quelle: Institut  
für Öffentliche  
Angelegenheiten,  
2012.

In den Tabellen wurden Antworten mit einem Aufwärtspfeil (↑) markiert, wenn sie ein statistisch signifikant hohes Ergebnis darstellen. Mit einem Abwärtspfeil (↓) markiert wurden die Antworten, die ein statistisch signifikant niedriges Ergebnis darstellen.

**3** Die Frage nach der parteipolitischen Präferenz wurde den Personen gestellt, welche die Frage: „Würden Sie sich an den Parlamentswahlen beteiligen?“ mit „Ja“ beantwortet haben (545 Personen).



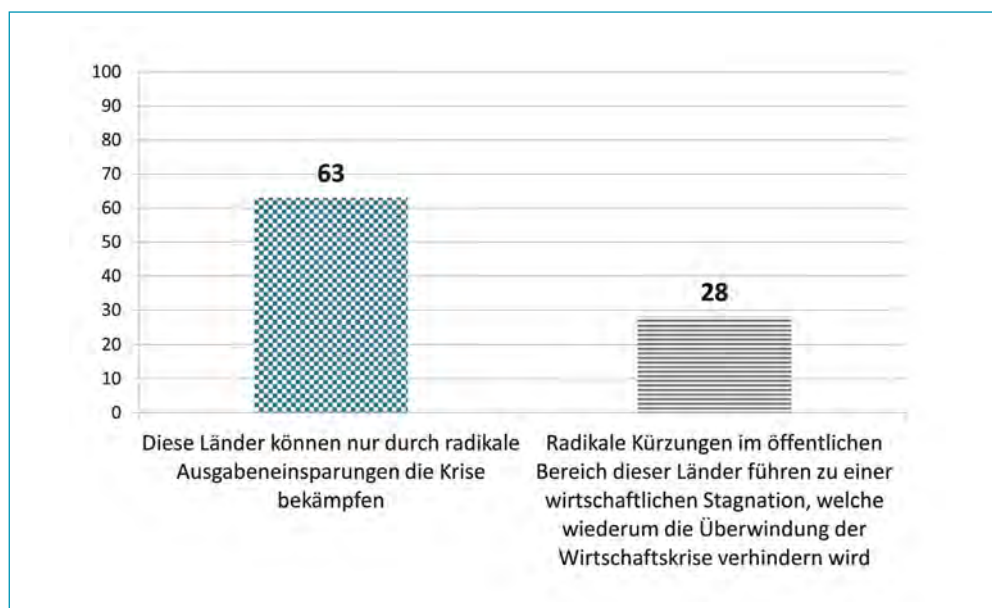
## Deutsche Vorschläge für Maßnahmen zur Krisenbekämpfung



Die Bundesregierung sieht eine Bedingung zur Hilfe für wirtschaftlich angeschlagene Staaten darin, dass diese Länder Sparmaßnahmen ein- bzw. durchführen. Nur dann, so die Vertreter der deutschen Regierungsparteien, werden diese Länder die Krise überwinden können. Solcherlei Reformen sind jedoch für die Bevölkerungen dieser Länder sehr schmerzhaft und stoßen auf deren Widerstand. Abgesehen davon, dass eine scharfe Ausgabenkürzung die Bevölkerung direkt betrifft, führt eine solche Kürzung zur wirtschaftlichen Stagnation. Eine stagnierende Wirtschaft wird jedoch langfristig die Krisenbewältigung bremsen. Sowohl die Experten als auch die Bürger selbst sind gespalten bei der Frage, ob man sparen oder aber Ausgabenkürzungen vermeiden soll.

Die Polen teilen mehrheitlich die Position der Bundesregierung. Sie befürworten eine Politik radikaler Einsparungen in wirtschaftlich angeschlagenen Ländern. Dafür sprechen sich beinahe zwei Drittel (63%) der Befragten aus. Die Meinung, dass radikale Ausgabenkürzungen im öffentlichen Sektor der verschuldeten Staaten zu wirtschaftlicher Stagnation führen und im Endeffekt eine Überwindung der Krise verhindern könnten, vertritt hingegen nur etwas mehr als ein Viertel der Befragten (28%).

**Die Polen befürworten mehrheitlich die Position der Bundesregierung bezüglich der Notwendigkeit, in wirtschaftlich angeschlagenen Ländern radikale Sparmaßnahmen einzuführen**



**Abb. 2.**  
Bewertung deutscher Vorschläge für Maßnahmen, die von wirtschaftlich angeschlagenen Ländern zur Krisenbekämpfung unternommen werden sollten (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2012.

**Tabelle 2.**  
Bewertung  
deutscher  
Vorschläge für  
Maßnahmen, die  
von wirtschaftlich  
angeschlagenen  
Ländern zur  
Krisenbekämpfung  
unternommen  
werden sollten –  
Verteilung je nach  
parteipolitischer  
Präferenz der  
Befragten  
(in %)

Quelle: Institut  
für Öffentliche  
Angelegenheiten,  
2012.

Die Meinung, dass im Zuge der Krise angeschlagene Länder ihre Ausgaben radikal reduzieren sollten, teilten verhältnismäßig häufiger die jüngsten Befragten (73%) sowie Befürworter der Bürgerplattform (PO) (80%).

Potentielle Wählerschaft	Nur so können diese Länder die Wirtschafts- und Finanzkrise bewältigen	Das führt zur wirtschaftlichen Stagnation und verhindert die Krisenbekämpfung	Schwer zu sagen
<b>Insgesamt</b>	<b>63</b>	<b>28</b>	<b>9</b>
Bürgerplattform (PO)	80↑	18↓	2↓
Recht und Gerechtigkeit (PiS)	60	32	8
Polnische Volkspartei (PSL)	52	34	14
Bund der Demokratischen Linken (SLD)	55	34	11
Palikot-Bewegung (RP)	64	19	17



## Die Rolle Deutschlands bei der Vertiefung der europäischen Integration

Infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise verstärkt sich die bereits laufende Debatte darüber, wie und aufgrund welcher Motive Deutschland in der gewählten Art und Weise auf europäischer Ebene handelt, und welche Folgen das haben wird. Fragen danach, ob Berlin zur Vertiefung der europäischen Integration und zur besseren Zusammenarbeit in Europa beiträgt, haben derzeit besonders hohe Konjunktur. Für die Polen ist insbesondere wichtig, ob Deutschland in der Europäischen Union eigene Interessen auf Kosten anderer Staaten verfolgt oder aber, ob Deutschland die Ambitionen anderer Mitgliedstaaten respektiert. Diese Fragen werden seit dem Jahr 2005 regelmäßig gestellt. Aktuelle Ergebnisse weisen nun aber auf ein verändertes Meinungsbild der Polen zu diesem Thema hin.

Seit Jahren ist die Mehrheit der Polen der Meinung, dass Deutschland zu einer verbesserten Zusammenarbeit in Europa beiträgt. In den letzten Jahren

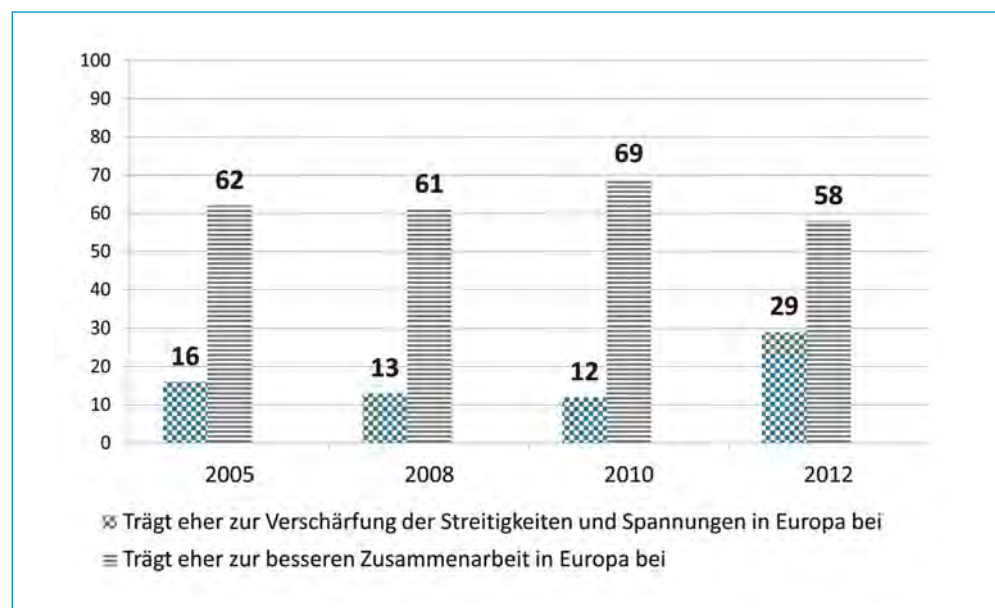
**Die meisten Polen sind  
der Meinung, dass Deutschland  
zu einer verbesserten  
Zusammenarbeit in Europa  
beiträgt. Seit 2010 ist dabei  
jedoch ein deutlicher Rückgang  
unter den Befragten  
zu verzeichnen**

ist aber hinsichtlich dieser Frage ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Derzeit vertritt diese Meinung etwas mehr als die Hälfte der Befragten (58%), während im Jahr 2010 diese Meinung noch von über zwei Dritteln der Befragten (69%) geteilt wurde. Der aktuelle Umfragewert ist zugleich der niedrigste seit Beginn der Befragungen im Rahmen dieser Studien im Jahr 2005. Der größte Rückgang (11% weniger) wurde in den letzten drei Jahren verzeichnet, was mit der in

der Europäischen Union laufenden Debatte über die Methoden zur Krisenüberwindung und der Rolle Deutschlands in diesem Prozess zusammenhängt. Gleichzeitig ist die Anzahl der Personen angestiegen, die Deutschland vorwerfen, zu Spannungen in der Gemeinschaft beizutragen – von 12% auf 29%. Dabei ist die Anzahl der Polen ohne Meinung zu diesem Thema zurückgegangen. Es lässt sich vermuten, dass die häufigere Berichterstattung in den Medien zu Methoden der Krisenbekämpfung und zur deutschen Rolle in diesem Prozess der maßgebliche Grund ist, dass sich bei einer größeren Anzahl der Befragten eine Meinung zur deutschen Europapolitik herauskristallisiert hat. Gleichzeitig fallen diese Bewertungen aber negativer aus. Diese Tendenz kann wiederum durch den häufig negativen Tenor der Berichterstattung verursacht sein. Die Medien berichten über die Proteste der Bürger aus den Ländern, in denen Ausgabenkürzungen eingeführt wurden und werden. In diesem Zusammenhang wird auch über die Kritik an den deutschen Maßnahmen informiert.

**Im Vergleich der letzten Jahre sehen sich derzeit mehr Polen als früher im Stande, die deutsche Europapolitik zu bewerten**

Keine Meinung zu diesem Thema vertritt lediglich eine verhältnismäßig kleine Gruppe der jüngsten Befragten (5-6% der Personen im Alter von 15 bis 29 Jahren). Das ist ein positives Erscheinungsbild, das hier betont werden sollte, denn gerade diese Generationen können in ähnlichen Fällen oft keine Antwort aufzeigen. Wie aber zu erwarten ist, spaltet diese Frage die Anhänger der unterschiedlichen politischen Parteien. Dass Deutschland zur Zusammenarbeit in Europa beiträgt, meinen verhältnismäßig am häufigsten potentielle Wähler der Bürgerplattform (PO) (72%). In allen Fällen spricht sich über die Hälfte der Befragten positiv bezüglich der deutschen Europapolitik aus, unabhängig der von ihnen unterstützten politischen Partei.



**Abb. 3.**  
„Trägt Deutschland zur Zusammenarbeit oder zur Verschärfung der Spannungen in Europa bei?“ (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2012.

**Tabelle 3.**  
„Trägt Deutschland zur Zusammenarbeit oder zur Verschärfung der Spannungen in Europa bei?“ – Verteilung je nach parteipolitischer Präferenz der Befragten (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2012.

Potentielle Wählerschaft	Trägt eher zur Verschärfung der Streitigkeiten und Spannungen in Europa bei	Trägt eher zur besseren Zusammenarbeit in Europa bei	Schwer zu sagen
<b>Insgesamt</b>	<b>29</b>	<b>58</b>	<b>13</b>
Bürgerplattform (PO)	23	72↑	5↓
Recht und Gerechtigkeit (PiS)	28	56	16
Polnische Volkspartei (PSL)	30	52	18
Bund der Demokratischen Linken (SLD)	27	60	13
Palikot-Bewegung (RP)	20	77	3

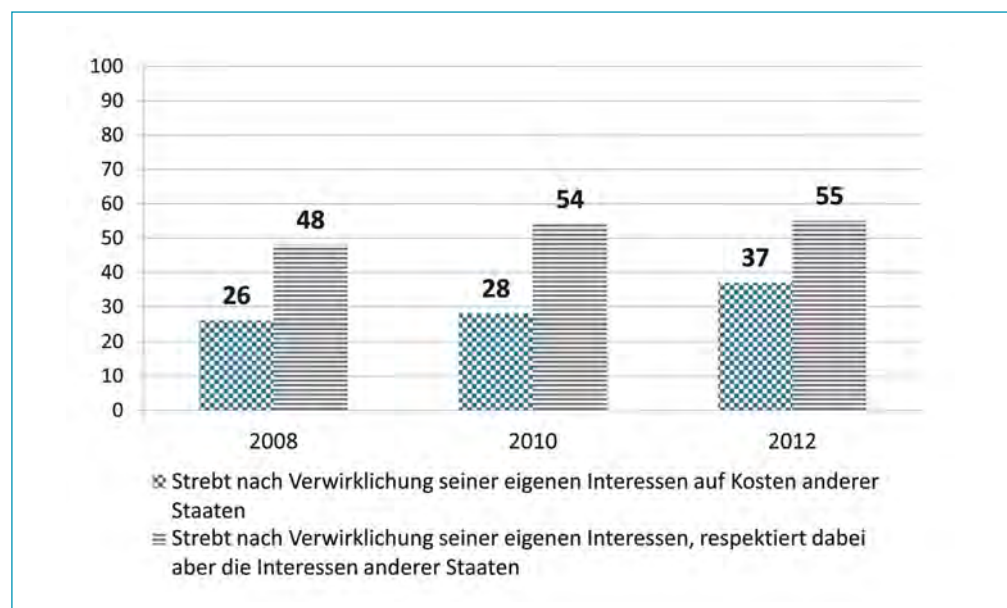
Während der letzten drei Jahre blieb die Anzahl der Polen, die der Meinung sind, Deutschland vertrete in der EU seine Interessen, tue dies aber mit

**Die Anzahl der Polen, die die Meinung vertreten, Deutschland respektiere bei der Durchsetzung eigener Interessen durchaus auch die Interessen anderer Staaten und trage zur Vertiefung der europäischen Integration bei, ist seit drei Jahren unverändert**

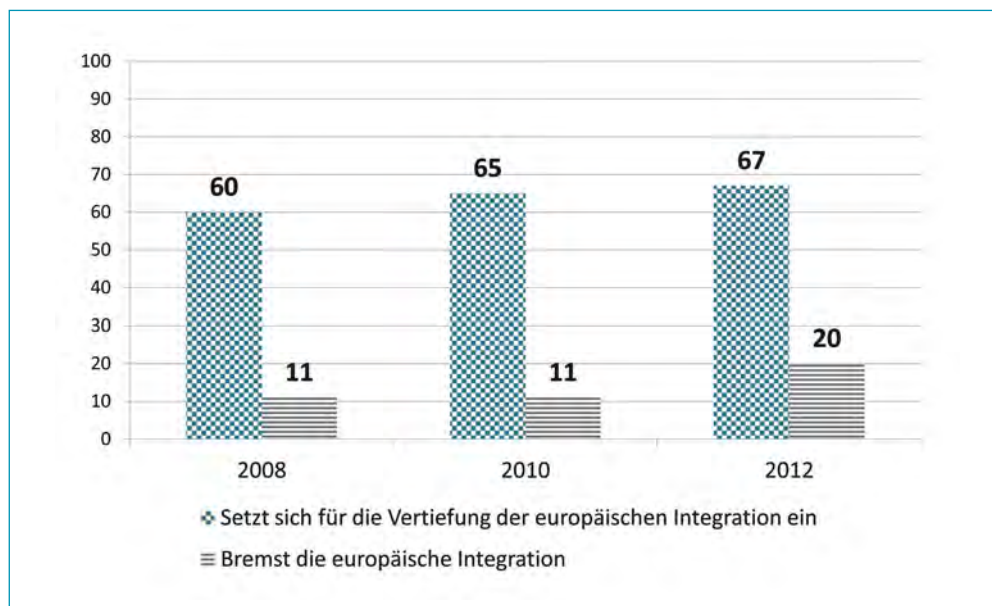
Respekt gegenüber den Interessen anderer Staaten, unverändert (55%). Gleichzeitig vertraten jedoch inzwischen auch vermehrt Befragte die gegenteilige Ansicht (zuvor 28%, jetzt 37%), wonach die Regierung in Berlin auf Kosten anderer Länder agiert. Ähnlich wie bei der zuvor dargestellten Frage, ist auch bei diesem Thema die Zahl der Befragten ohne Meinung zurückgegangen. Es lässt sich somit erneut die These aufstellen, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise bei den Polen zur konkreten Meinungsbildung über die Rolle Deutschlands in Europa beigetragen hat.

**Abb. 4.**  
„Wie verwirklicht Deutschland seine Interessen in der Europäischen Union?“ (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2012.



Diese Frage spaltet die polnische Gesellschaft nicht. Sie wird sowohl in verschiedenen Altersgruppen als auch von Anhängern unterschiedlicher politischer Parteien ähnlich beantwortet.



**Abb. 5.**

„Setzt sich Deutschland für die Vertiefung der europäischen Integration ein oder bremst Deutschland die europäische Integration?“ (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2012.

Zwei Drittel der Polen – ähnlich wie vor drei Jahren – meinen, Deutschland setze sich zugunsten einer Vertiefung der europäischen Integration ein (67%). Gleichzeitig stieg um neun Prozentpunkte die Zahl derer, die Deutschland vielmehr als Bremse der europäischen Integration sehen (20%). Auch in diesem Fall – ähnlich wie bei den oben geschilderten Fragen – geben derzeit weniger Personen als vor drei Jahren keine Antwort auf die gestellte Frage.

Die Ansicht, wonach deutsches Handeln als Beitrag zur Vertiefung der europäischen Integration zu werten ist, wird verhältnismäßig häufiger von Anhängern der Bürgerplattform (PO) (75%) geteilt als von Anhängern anderer im polnischen Parlament vertretener Parteien.

Potentielle Wählerschaft	Deutschland setzt sich für die Vertiefung der europäischen Integration ein	Deutschland bremst die europäische Integration	Schwer zu sagen
<b>Insgesamt</b>	<b>67</b>	<b>20</b>	<b>13</b>
Bürgerplattform (PO)	75↑	17	8↓
Recht und Gerechtigkeit (PiS)	62	24	14
Polnische Volkspartei (PSL)	69	16	15
Bund der Demokratischen Linken (SLD)	71	21	8
Palikot-Bewegung (RP)	77	11	12

**Tabelle 4.**

„Setzt sich Deutschland für die Vertiefung der europäischen Integration ein oder bremst Deutschland die europäische Integration?“ – Verteilung je nach parteipolitischer Präferenz der Befragten (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2012.



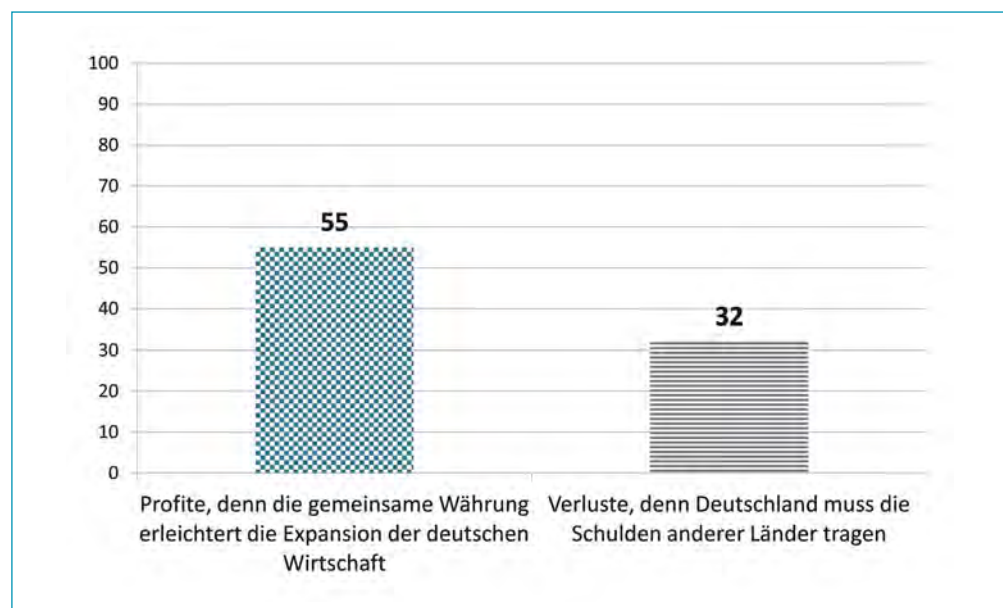
## Deutschlands Profit aufgrund der gemeinsamen europäischen Währung

Teil der Debatte über die Notwendigkeit von Hilfeleistungen gegenüber verschuldeten Staaten bzw. über Voraussetzungen solcher gemeinschaftlicher Hilfsmaßnahmen war die Überlegung, ob solche Staaten die Eurozone verlassen sollten. Die Kosten für deren Rettung seien eventuell zu hoch. Offiziell sprachen sich die führenden deutschen Politiker nicht für eine solche Lösung aus. Nach dem Besuch Angela Merkels in Athen lehnten sie diesen Vorschlag sogar deutlich ab. Parallel tauchten jedoch in der öffentlichen Diskussion Fragen danach auf, ob es sich für Staaten, die zusammenbrechende Wirtschaftsräume stützen – insbesondere also für Deutschland – überhaupt lohne, Mitglied der Eurozone zu sein. Aus Umfrageergebnissen in der deutschen Bevölkerung kann immer größerer Zweifel herausgelesen werden, ob die Gemeinschaftswährung, der Euro, Deutschland noch immer Vorteile bringt. Gleichzeitig erscheinen immer häufiger Daten, die darauf hinweisen, dass die deutsche Wirtschaft nicht nur aufgrund der gemeinsamen Währung, sondern auch aufgrund der andauernden Wirtschafts- und Finanzkrise profitiert. Außer den Vorteilen im Handel und bei Investitionen, die die einheitliche europäische Währung mit sich bringt, werden in der Krisenzeit die deutschen Staatsanleihen besser und zu einem für Deutschland günstigeren Preis verkauft. Von daher sind die Summen, die für die Absicherung der finanziell angeschlagenen Länder bestimmt sind, ohnehin niedriger als die aus dem Handel und dem Umlauf der deutschen Wertpapiere stammenden Erträge.

Die Mehrheit der Polen ist der Meinung, dass Deutschland aufgrund der gemeinsamen europäischen Währung profitiert (55%). Dagegen vertritt ein

**Abb. 6.**  
„Bringt die gemeinsame Währung, der Euro, Deutschland eher Profite oder Verluste?“  
(in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2012.





Drittel der Befragten (32%) die Meinung, Deutschland mache Verluste, da es die Schulden anderer Staaten absichern müsse.

Statistisch gesehen vertreten potentielle Wähler der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) und der Polnischen Volkspartei (PSL) am seltensten die Meinung, die Gemeinschaftswährung bedeute für Deutschland Verluste (26% bzw. 18%). Am häufigsten weisen dagegen die Anhänger der Bürgerplattform (PO) auf die Verluste hin (39%).

**Die Mehrheit der Polen ist der Meinung, dass Deutschland aufgrund der gemeinsamen europäischen Währung profitiert**

Potentielle Wählerschaft	Profite, denn die gemeinsame Währung erleichtert die Expansion der deutschen Wirtschaft	Verluste, denn Deutschland muss die Schulden anderer Länder tragen	Schwer zu sagen
<b>Insgesamt</b>	<b>55</b>	<b>32</b>	<b>13</b>
Bürgerplattform (PO)	50	39↑	11
Recht und Gerechtigkeit (PiS)	60	26↓	14
Polnische Volkspartei (PSL)	60	18↓	22
Bund der Demokratischen Linken (SLD)	54	39	7
Palikot-Bewegung (RP)	70	23	7

**Tabelle 5.**

„Bringt die gemeinsame Währung, der Euro, Deutschland eher Profite oder Verluste?“ – Verteilung je nach parteipolitischer Präferenz der Befragten (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2012.

## Deutschlands Position in Europa in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise



Unabhängig von der Bewertung einzelner deutscher Maßnahmen auf EU-Ebene in Zeiten der Krise gibt es unterschiedliche Meinungen darüber, ob Deutschlands Rolle in Europa bedeutender geworden oder seine Stellung eher geschwächt ist. Einerseits richten sich die Blicke der Europäer nach Berlin. So hängt es häufig von der Entscheidung der deutschen Bundeskanzlerin und (oder) des deutschen Bundestags ab, ob eine Reform umgesetzt wird und die wirtschaftlich angeschlagenen Länder Hilfe bekommen. Ein gutes Beispiel ungeduldigen Wartens auf die deutsche Stellungnahme war etwa die Entscheidung über das Inkrafttreten des Fiskalpakts und des Europäischen Stabilitätsmechanismus. Die Umsetzung der neuen Mechanismen hing vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts ab, denn gegen die oben genannten Vorschläge wurden Verfassungsklagen eingereicht. Erst die Ablehnung der Verfassungsklagen durch das Bundesverfassungsgericht führte zum Inkrafttreten beider Instrumente.

Auf der anderen Seite muss Deutschland aber auch die anderen Mitglieder der Europäischen Union miteinbeziehen, denn allein wird Deutschland die

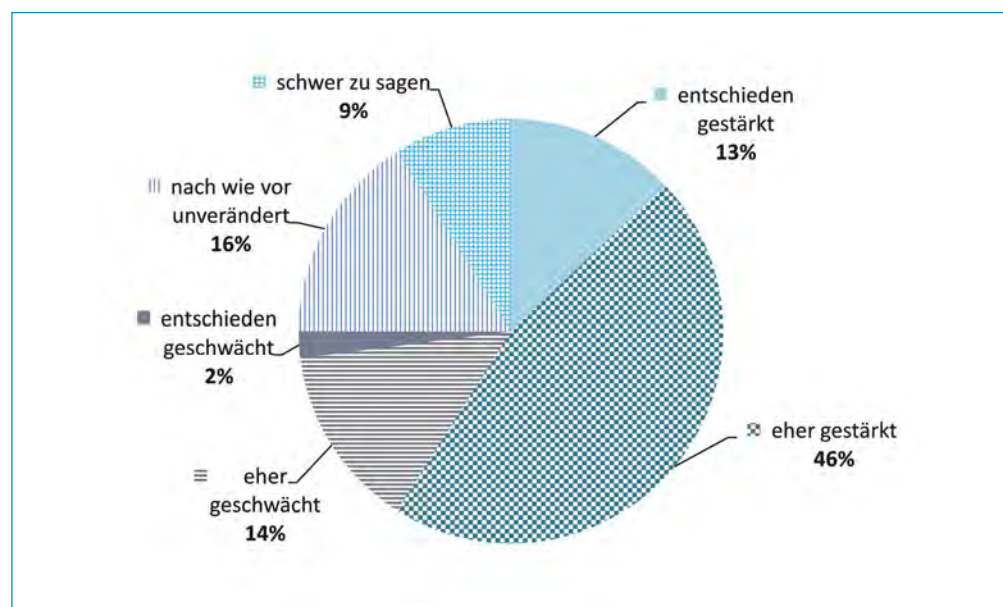
Kosten der Krise nicht tragen können. Außerdem bedürfen Entscheidungen der Mehrheit bzw. Einstimmigkeit im Rat der Europäischen Union. Zusätzlich führen schnell eintretende Änderungen und neue Probleme dazu, dass es – auch für Berlin – sehr schwer ist, neue Reformvorschläge zu unterbreiten. Dies kann zur Annahme verleiten, dass die Bedeutung Deutschlands innerhalb der Europäischen Union abnimmt.

Über die Hälfte der polnischen Befragten (59%) vertritt die Meinung, dass die Bedeutung Deutschlands seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise zugenommen hat. Von einer schwächeren Rolle Deutschlands hingegen sind 16% der Polen überzeugt. Gemäß der Ansicht einer der Größe nach vergleichbaren Gruppe von Befragten hat sich an der Bedeutung Deutschlands infolge der Krise nichts Wesentliches geändert.

### Über die Hälfte der Polen ist der Meinung, dass die Position Deutschlands seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise gestärkt ist

**Abb. 7.**  
„Ist seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise die Position Deutschlands in Europa gestärkt oder geschwächt?“  
(in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2012.



## Einfluss der gestärkten Position Deutschlands auf die Situation Polens

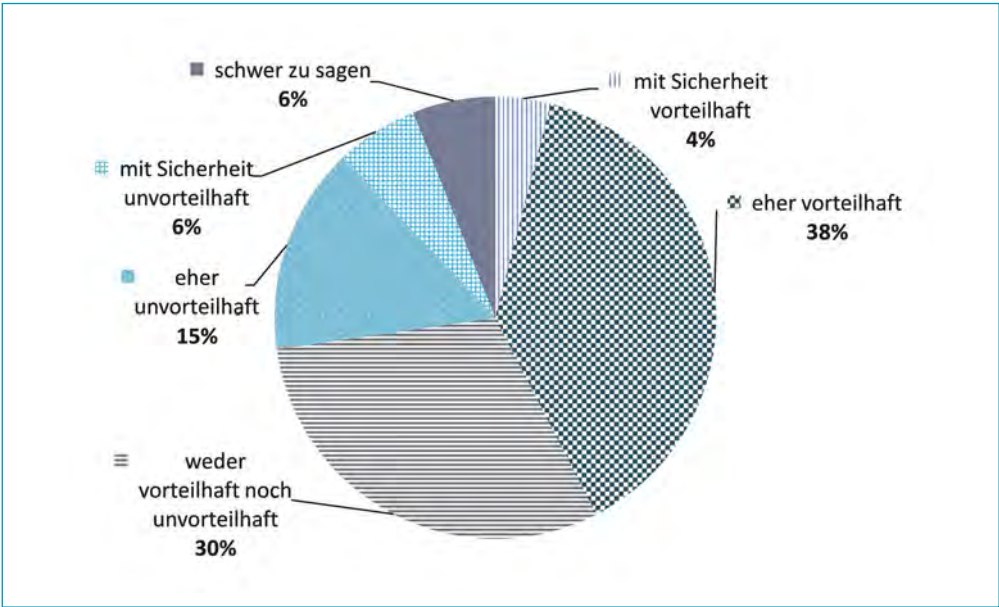
Die Bewertung der Rolle Deutschlands in Europa und ihres Wandels infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise polarisiert häufig die öffentliche Debatte in Polen. Die vorherrschenden Meinungen lassen sich in zwei Gruppen aufteilen: Der eine Teil deutet dabei an, dass eine starke Position Deutschlands für Polen schädlich bzw. gar bedrohlich sei. Der andere Teil verweist hingegen darauf, dass dies Polen helfen könne.



Die größte Gruppe der Polen – beinahe die Hälfte (42%) – meint, dass eine Stärkung der deutschen Position für Polen „entschieden“ oder „eher“ vorteilhaft ist. Eine gegenteilige Ansicht vertritt ein Fünftel der Befragten (21%), somit eine nur halb so große Gruppe.

Beinahe ein Drittel der Befragten (30%) ist der Auffassung, dass die Stärke der Position Deutschlands keinerlei Auswirkungen auf polnische Belange hat.

### Die größte Gruppe der Polen meint, dass eine Stärkung der deutschen Position für Polen vorteilhaft wäre



**Abb. 8.**  
„Wenn infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise die Position Deutschlands in Europa gestärkt würde, wäre das vorteilhaft oder unvorteilhaft für Polen?“ (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2012.

Die Auswertung der Antworten auf die soeben erörterte Frage hinsichtlich der parteipolitischen Präferenz der Befragten bestätigt eine Spaltung der polnischen Gesellschaft, die die nationale politische Szene bekanntermaßen prägt. Bei einer stärkeren Rolle Deutschlands in Europa sind potentielle Wähler der Bürgerplattform (PO) verhältnismäßig überzeugter von möglichen, damit verbundenen Vorteilen für Polen (52%). Für ungünstig halten dies wiederum Anhänger der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) (32%).

Potentielle Wählerschaft	mit Sicherheit vorteilhaft / eher vorteilhaft	weder vorteilhaft noch unvorteilhaft	eher unvorteilhaft / mit Sicherheit unvorteilhaft	schwer zu sagen
<b>Insgesamt</b>	<b>42</b>	<b>30</b>	<b>21</b>	<b>7</b>
Bürgerplattform (PO)	52↑	25	18	5
Recht und Gerechtigkeit (PiS)	35	29	32↑	4
Polnische Volkspartei (PSL)	44	27	13	16
Bund der Demokratischen Linken (SLD)	41	29	29	1
Palikot-Bewegung (RP)	41	28	22	9

**Tabelle 6.**  
„Wenn infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise die Position Deutschlands in Europa gestärkt würde, wäre das vorteilhaft oder unvorteilhaft für Polen?“ – Verteilung je nach parteipolitischer Präferenz der Befragten (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2012.



## Die deutsch-polnische Partnerschaft in Europa

Deutschland und Polen bezeugen oft ihre Partnerschaft in der Europäischen Union. Von einem partnerschaftlichen politischen Dialog, der viele Bereiche der bilateralen und europäischen Beziehungen umfasst, ist nicht nur bei Treffen auf unterschiedlichen Ebenen die Rede, sondern auch in offiziellen Dokumenten, zum Beispiel in dem im Juni 2011 feierlich unterzeichneten Regierungsprogramm für die deutsch-polnische Zusammenarbeit. Die starke Bedeutung Deutschlands in der Europäischen Union und die Tatsache, dass Polen kein Mitglied der Eurozone ist, können jedoch in der Praxis dazu führen, dass die gegenseitigen Beziehungen nicht immer partnerschaftlich verlaufen. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass in der Gesellschaft der gegenseitige bilaterale Umgang unterschiedlich wahrgenommen wird. Dies ist aufgrund der verschiedenen Positionen der politischen Parteien in Polen zu erwarten.

Die Polen sind allgemein nicht von einer deutsch-polnischen Partnerschaft auf europäischer Ebene überzeugt. Die Hälfte der Befragten meint, dass Deutsch-

**Die Hälfte der Polen meint, dass Deutschland Polen selten als gleichberechtigten Partner in der Europäischen Union behandelt**

land Polen selten als gleichberechtigten Partner in der Europäischen Union behandelt (50%). Lediglich 3% der Befragten denken, dass Deutschland Polen stets gleichberechtigt behandelt, 29% sagen, dass dies „häufig“ der Fall ist, doch 13% der Polen sehen überhaupt keine Anzeichen hierfür.

Das gesplante Meinungsbild der Gesellschaft lässt sich gut anhand der Daten illustrieren, die die Bewertungen der Polen aufgeschlüsselt nach der jeweiligen parteipolitischen Präferenz zeigen. Die verhältnismäßig häufigste Antwort, Deutschland behandle Polen als gleichberechtigten Partner, wird von

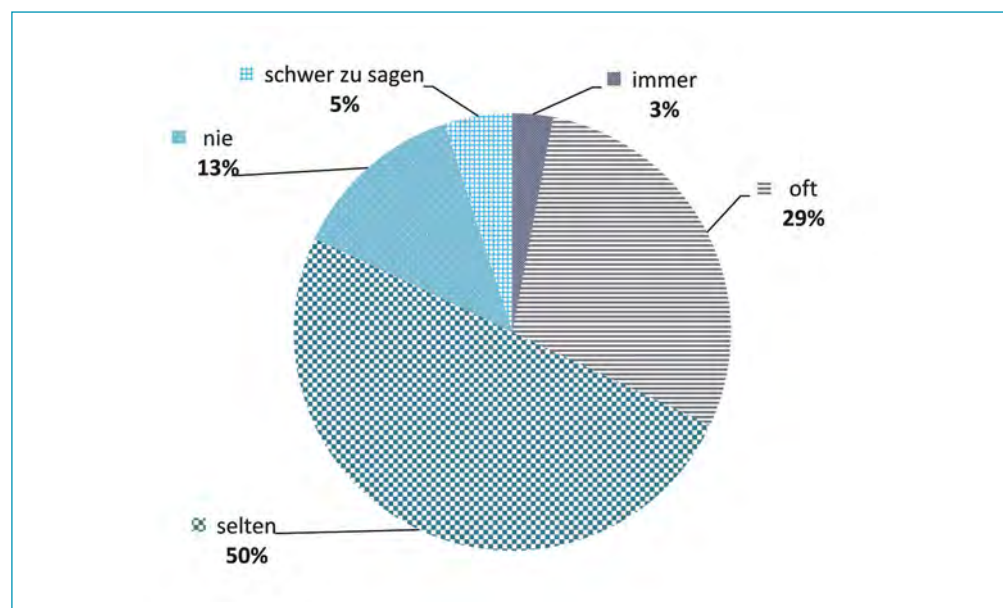


Abb. 9.

„Behandelt Deutschland Polen wie einen gleichberechtigten Partner in der Europäischen Union?“ (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2012.

Anhängern der Bürgerplattform (PO) vorgebracht. Die potentiellen Wähler der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) sehen das Vorgehen Deutschlands am kritischsten: 17% von ihnen sind der Meinung, Deutschland handle Polen nie partnerschaftlich. Gleichzeitig findet sich sowohl unter potentiellen Anhängern der PiS wie auch der Bürgerplattform (PO) je eine etwa gleich große Anzahl von Befragten, die entweder bekunden, Deutschland handle „selten“ so respektive Deutschland handle „immer“ so.

Wenn man Unterschiede mit Blick auf das Alter der Befragten analysiert, lässt sich deutlich feststellen, dass die ältesten Befragten verhältnismäßig am seltensten die Antwort „immer“ bzw. „häufig“ wählen. Wahrscheinlich ergibt sich das aus den Erfahrungen dieser Generation. Gleichzeitig hatte diese Gruppe am häufigsten keine Meinung zu diesem Thema.

Potentielle Wählerschaft	immer	oft	selten	nie	schwer zu sagen
<b>Insgesamt</b>	<b>3</b>	<b>29</b>	<b>50</b>	<b>13</b>	<b>5</b>
Bürgerplattform (PO)	5	38↑	46	9	2
Recht und Gerechtigkeit (PiS)	4	28	48	17	3
Polnische Volkspartei (PSL)	0	40	45	5	10
Bund der Demokratischen Linken (SLD)	1	23	67↑	9	0
Palikot-Bewegung (RP)	4	47	36	10	3

**Tabelle 7.**  
„Behandelt Deutschland Polen wie einen gleichberechtigten Partner in der Europäischen Union?“ – Verteilung je nach parteipolitischer Präferenz der Befragten (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2012.

## Bewertung der deutsch-polnischen Beziehungen



Die Bewertung der Frage, ob Deutschland Polen als gleichberechtigten Partner in der Europäischen Union betrachtet, ist ein wichtiger – wenn auch sicherlich nicht der einzige – Faktor, wenn es für die Polen heißt, sich eine Meinung zum Stand der deutsch-polnischen Beziehungen zu bilden. Obwohl die gegenseitigen Beziehungen längst nicht mehr nur bilateral sind, wird die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene berechtigterweise durchaus seltener wahrgenommen als die Kooperation im grenznahen Raum, im Rahmen von Städtepartnerschaften oder anlässlich zahlreicher zivilgesellschaftlicher Initiativen. Das Bild der gemeinsamen Beziehungen setzt sich aus all diesen Bestandteilen zusammen.

In den letzten Jahren kam es zu keinen gravierenden Spannungen in den deutsch-polnischen Beziehungen. Besonders strittige und sehr emotionale Fragen wurden in den letzten Jahren vielmehr bereits geklärt. Es gibt nach wie vor eine Reihe von diskussionswürdigen Themen, doch diese werden in regelmäßigem Dialog behandelt, und es wird nach Lösungen gesucht. Darüber hinaus feierte man im Jahr 2011 gemeinsam den 20. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit.

Aus diesem Anlass unterzeichneten beide Regierungen eine Erklärung über ihre gemeinsame Partnerschaft und beschlossen ein Programm der Zusammenarbeit. Es enthält eine Liste von beinahe 100 Projekten, die man in den kommenden Jahren umzusetzen plant. Das bedeutet jedoch nicht, dass es keine Herausforderungen gibt. Diese Herausforderungen sollte man aber im Kontext des bereits Erreichten sehen, wie auch im Lichte dessen, was in den letzten Jahren verändert werden konnte.

Die allgemein gute Atmosphäre und das Gefühl der Normalität in den deutsch-polnischen Beziehungen können allerdings zu Stagnation verleiten. Viele Abläufe bzw. Erfolge werden aufgrund der insgesamt hohen Anzahl einfach nicht wahrgenommen. Darüber hinaus werden die Beziehungen auch nicht mehr derart emotional begleitet, wie dies vor ein paar Jahren der Fall war. Über positive Ereignisse wird zu wenig oder gar nicht gesprochen, einzelne Unstimmigkeiten aber werden stattdessen deutlich in den Vordergrund gerückt. Im Gedächtnis bleiben folglich die schlechteren Nachrichten. All das beeinflusst die Rezeption der deutsch-polnischen Beziehungen.

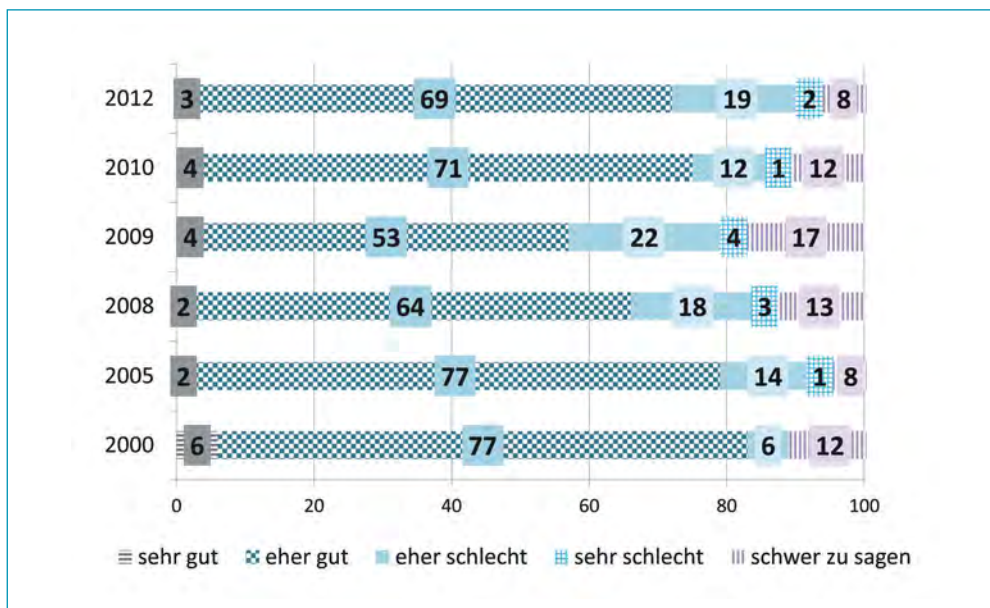
**Seit drei Jahren bewerten  
unverändert fast drei Viertel  
aller Polen die  
deutsch-polnischen  
Beziehungen als „sehr gut“  
bzw. „eher gut“**

Beinahe drei Viertel der Polen bewerten die deutsch-polnischen Beziehungen als „sehr gut“ bzw. „eher gut“ (72%). Diese Werte blieben in den letzten Jahren fast unverändert (vgl.: 75% im Jahr 2010). Nur ein Fünftel der Polen ist der Meinung, dass die gegenseitigen Beziehungen „eher schlecht“ bzw. „schlecht“ sind. Diese Gruppe ist seit dem Jahr 2010 um acht Prozentpunkte angewachsen. Die Veränderung kann durch den oben erläuterten Eindruck der Stagnation in den Beziehungen mit Deutschland bzw. durch die öffentlich eher negative Berichterstattung verursacht worden sein. Auch in diesem Fall, ähnlich wie bei anderen Fragen der Studie, ist die Anzahl derjenigen gesunken, die keine Antwort auf die Frage gaben.

Die Bewertung der deutsch-polnischen Beziehungen kann auch von der Region abhängen, in der der/die Befragte wohnt. Polnische Bewohner grenznaher Gebiete können aufgrund der Nähe zum Nachbarland, durch Familienbeziehungen bzw. durch die deutsch-polnische Zusammenarbeit in Grenzgebieten verhältnismäßig häufiger mit den Deutschen in Kontakt treten. Wenn man die Einschätzungen der Polen unter diesem Aspekt betrachtet, kann man in der Tat beobachten, dass statistisch gesehen die Befragten aus der südwestlichen Region Polens das beste Bild von den gemeinsamen Beziehungen haben (zu 80% positive Bewertungen). Die Antworten von Einwohnern anderer Regionen Polens weisen keine statistisch signifikanten Unterschiede auf.

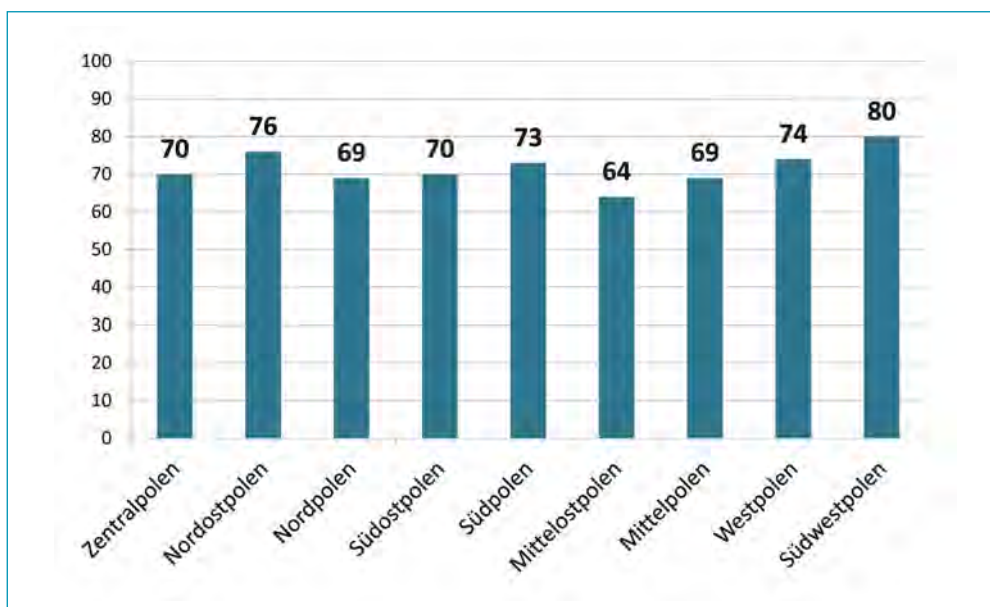
---

4 Eine aktuelle Analyse der Umsetzung des Programms der Zusammenarbeit bietet der Bericht von A. Łada, *Floskeln oder Fakten? Das Programm der deutsch-polnischen Zusammenarbeit auf dem Prüfstand*, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2012.



**Abb. 10.**  
Bewertung der deutsch-polnischen Beziehungen in den Jahren 2000-2012 (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2012.



**Abb. 11.**  
Positive Bewertung der deutsch-polnischen Beziehungen – verglichen nach Wohnregionen der Befragten (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2012.  
In der Graphik wurden die Antworten „sehr gut“ und „eher gut“ summiert.

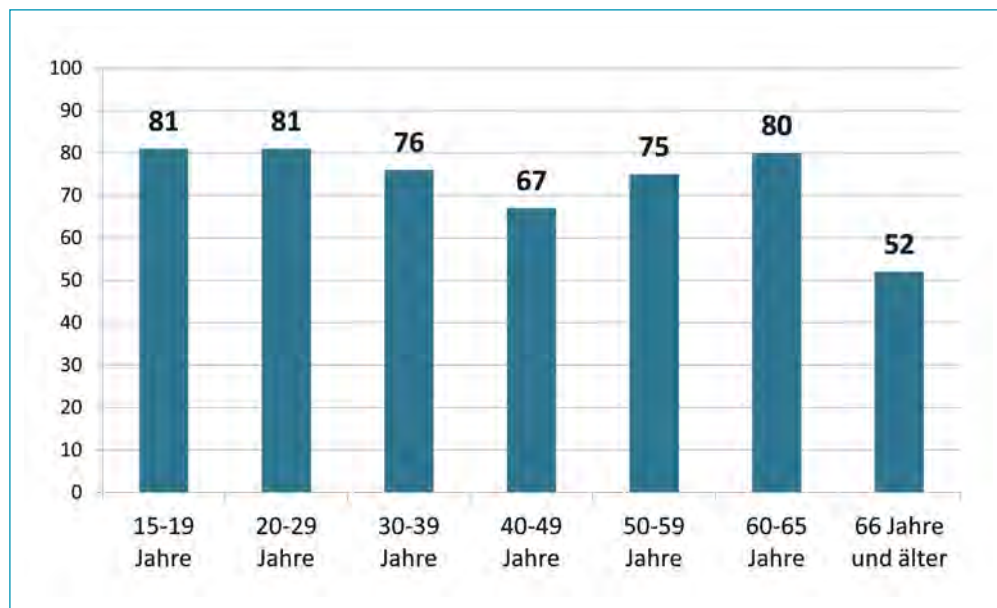
Auch aufgrund des Alters der Befragten ergeben sich einige statistisch signifikante Unterschiede. Verhältnismäßig am besten werden die deutsch-polnischen Beziehungen von Menschen zwischen dem 20. und 29. Lebensjahr bewertet, am schlechtesten von den ältesten Befragten.

Im Folgenden wird die Spaltung der polnischen Gesellschaft bezüglich der Bewertung Deutschlands und seiner Beziehungen zu Polen je nach parteipolitischer Präferenz der Befragten deutlich. Statistisch gesehen werden die gegenseitigen Beziehungen am besten von potentiellen Wählern der derzeit regierenden Koalitionsparteien bewertet: der Bürgerplattform (PO) und der Polnischen Volkspartei (PSL) (79% und 85%).



**Abb. 12.**  
Positive  
Bewertung der  
deutsch-polnischen  
Beziehungen –  
verglichen nach  
dem Alter der  
Befragten  
(in %)

Quelle: Institut  
für Öffentliche  
Angelegenheiten,  
2012.  
In der Graphik  
wurden die  
Antworten  
„sehr gut“  
und „eher gut“  
summiert.



**Tabelle 8.**  
Bewertung der  
deutsch-polnischen  
Beziehungen von  
Polen – Verteilung  
je nach  
parteipolitischer  
Präferenz der  
Befragten  
(in %)

Quelle: Institut  
für Öffentliche  
Angelegenheiten,  
2012.

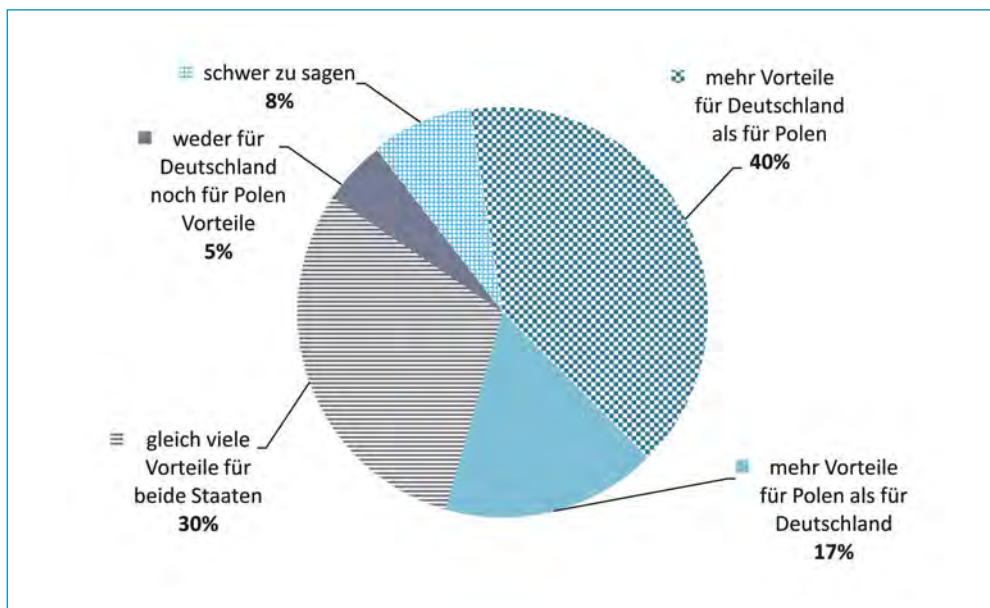
Potentielle Wählerschaft	sehr gut / eher gut	eher schlecht / sehr schlecht	schwer zu sagen
<b>Insgesamt</b>	<b>72</b>	<b>21</b>	<b>7</b>
Bürgerplattform (PO)	79↑	17	4↓
Recht und Gerechtigkeit (PiS)	67	23	10
Polnische Volkspartei (PSL)	85↑	6↓	9
Bund der Demokratischen Linken (SLD)	83	11	6
Palikot-Bewegung (RP)	89	7	4

## Die größte Gruppe der Polen denkt, die deutsch-polnischen Beziehungen bringen Deutschland mehr Vorteile ein als Polen

Nach Ansicht der polnischen und deutschen Regierung sind die Beziehungen zum Nachbarland nicht nur gut und für beide Länder wichtig, sondern auch vorteilhaft für beide Seiten. Die Polen sind jedoch nicht überzeugt, dass beide Staaten zu gleichen Teilen hiervon profitieren. In den Augen der anteilmäßig stärksten Gruppe aller Befragten brachten die deutsch-polnischen

Beziehungen in den letzten Jahren mehr Vorteile für Deutschland als für Polen (40%). 17% aller Polen sehen dagegen mehr Vorteile für die polnische Seite. Als für beide Staaten gleich vorteilhaft betrachten die Beziehungen 30% aller Befragten. Lediglich 5% der Befragten meinen, dass keine der beiden Seiten von diesen Beziehungen profitiert.

Im Sinne der allgemein praktizierten Herangehensweise, eine Gewinn- und Verlustrechnung aufzumachen, leuchten diese Werte ein: Gewöhnlich nimmt man lieber und schneller die Vorteile der anderen Seite als die eigenen wahr. Die Studienergebnisse deuten gleichzeitig die Notwendigkeit an, einer



**Abb.13.**

„Wem haben die deutsch-polnischen Beziehungen in den letzten Jahren mehr Vorteile gebracht?“ (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2012.

breiteren Öffentlichkeit die konkreten Ergebnisse der deutsch-polnischen Zusammenarbeit deutlicher vor Augen zu führen. Zwar gibt es viele Vorteile, aber sie sind mittlerweile zur Selbstverständlichkeit geworden, so dass wenig über sie gesprochen wird, insbesondere dann nicht, wenn die Resultate der gemeinsamen Zusammenarbeit positiv ausfallen. Eine Chance, dieser Entwicklung entgegenzusteuern, läge in der regelmäßigen Auswertung der Projekte, die im Programm für die deutsch-polnische Zusammenarbeit im Juni 2011 festgeschrieben wurden. Die öffentliche Präsentation umgesetzter Vorhaben, d.h. des diesbezüglichen Status quo und der damit verbundenen konkreten Vorteile für die Bürger, könnte den Polen helfen, die Vorzüge der Kontakte mit dem Nachbarland selbst auch noch stärker wahrzunehmen.

Davon, dass sich aus den deutsch-polnischen Beziehungen für Polen mehr Vorteile ergeben, sind verhältnismäßig am häufigsten Anhänger der Bürgerplattform (PO) (26%) überzeugt. Gleichzeitig weist diese Befragtengruppe verhältnismäßig seltener (31%) auf ausschließlich deutsche Vorteile hin.

Potentielle Wählerschaft	mehr Vorteile für Deutschland als für Polen	mehr Vorteile für Polen als für Deutschland	gleich viele Vorteile für beide Staaten	weder für Deutschland noch für Polen Vorteile	schwer zu sagen
<b>Insgesamt</b>	<b>40</b>	<b>17</b>	<b>30</b>	<b>5</b>	<b>8</b>
Bürgerplattform (PO)	31↓	26↑	35	2	6
Recht und Gerechtigkeit (PiS)	42	14	32	5	7
Polnische Volkspartei (PSL)	41	7	34	5	13
Bund der Demokratischen Linken (SLD)	38	18	39	3	2
Palikot-Bewegung (RP)	44	17	27	6	6

**Tabelle 9.**

„Wem haben die deutsch-polnischen Beziehungen in den letzten Jahren mehr Vorteile gebracht?“ – Verteilung je nach parteipolitischer Präferenz der Befragten (in %)

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2012.



## Fazit

Seit Jahren bewerten die Polen die deutsch-polnischen Beziehungen und die deutsche Politik positiv. Während in wirtschaftlich angeschlagenen Mitgliedstaaten der EU die Kritik an Deutschland wächst und es zu Protesten gegen deutsche Initiativen kommt, befürworten die Polen eine Fülle der Lösungsansätze, die seitens der Regierung in Berlin vorgeschlagen wurden. Zum Teil beruht dies sicherlich darauf, dass Polen nicht der Eurozone angehört. Darüber hinaus spielt eine weitere wesentliche Rolle hierbei die gute polnische Wirtschaftslage. Polen ist somit von zahlreichen deutschen Entscheidungen nicht direkt betroffen.

Allerdings beeinflussen die Maßnahmen Berlins indirekt die Zukunft Polens und dessen Rolle in der Europäischen Union. Befürchtungen einer deutschen Dominanz in Europa und mögliche Auswirkungen, insbesondere auch für Polen, sind seit Jahren ein wichtiges Thema der öffentlichen Debatte. Die Befragungen zeigen, dass die polnischen Bürger in den von Deutschland unternommenen Handlungen weder für die Europäische Union noch für Polen eine Bedrohung erkennen. Gleichzeitig sind sie der Meinung, dass Deutschland sowohl durch die europäische Integration an sich und die gemeinsame Währung, den Euro, als auch – im Bereich der deutsch-polnischen Beziehungen – aufgrund des Verhältnisses zu Polen maßgeblich profitiert.

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen, dass die polnische und die deutsche Denkweise auffallende Ähnlichkeiten aufweisen. Das ist ein gutes Zeichen für die deutsch-polnische Zusammenarbeit, sowohl in bilateralen wie in europäischen Fragen. Deshalb sollten beide Seiten ihre Kooperation in nunmehr bewährter Art und Weise fortsetzen. Diese steht aber auch vor ernsthaften Herausforderungen, die mit der Reformfähigkeit der Gemeinschaft und der Umsetzung der zahlreichen Vorhaben in den gemeinsamen bilateralen Beziehungen zusammenhängen. Das Potential, das sich aufgrund der ähnlichen Ansichten ergibt, gilt es an dieser Stelle zu nutzen.

Das bedeutet nicht, dass die polnische Gesellschaft die deutschen Maßnahmen auf EU-Ebene vollkommen unbedenklich teilt. Eine Gruppe von Bürgern bekundet diesbezüglich vielmehr eine ausdrücklich kritische Haltung. Interessanterweise nahm in der letzten Zeit diese Gruppe zahlenmäßig zu, während die Anzahl derjenigen, die keine Meinung zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union haben, sank.

Des Weiteren gilt es, nochmals darauf hinzuweisen, dass die Ausbildung eines klaren Meinungsbildes in Polen zurückzuführen sein könnte auf eine zunehmende Berichterstattung über die Wirtschafts- und Finanzkrise und die deutschen Aktivitäten in diesem Zusammenhang. Die kursierenden Bilder von Protesten in finanziell angeschlagenen Ländern, auf denen Angela Merkel



angegriffen und diffamiert wird, können womöglich auch das Urteil der Polen beeinflussen. Trotzdem hat die polnische Öffentlichkeit insgesamt ein besseres Bild von Deutschland als jenes, das manche polnische Medien zeichnen. Es scheint, dass die Gesellschaft emotionalen Kommentaren, die nicht immer unbedingt auf Fakten basieren, nicht leichtgläubig folgt.

Wenn man die unterschiedlichen Meinungen zu den dargestellten Themen in den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen Polens betrachtet, sollte beachtet werden, dass sich darin keine deutlichen Unterschiede bezüglich des Alters oder des Wohnorts zeigen. Hinsichtlich ihrer Einschätzungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union und zu den deutsch-polnischen Beziehungen unterscheiden sich die Polen meistens je nach parteipolitischer Präferenz. Unterschiede in den geäußerten Bewertungen entsprechen zumeist den Unterschieden zwischen den Parteien zu den betreffenden Themen.

In dieser Hinsicht galt es vor allem zu analysieren, ob Personen mit einer insgesamt positiven Bewertung der Rolle Deutschlands in Europa auch eine gute Meinung über die deutsch-polnischen Beziehungen haben und umgekehrt. In allen Fällen lässt sich hier eine positive Korrelation verzeichnen. Diejenigen, die die Stärkung der Position Deutschlands in Europa als durchaus positiv für Polen ansehen, vertreten gleichzeitig eine positive Meinung zum Stand der deutsch-polnischen Beziehungen. Identische Relationen sind auch bei denjenigen zu erkennen, die gegenteiliger Auffassung sind: Diejenigen Befragten, die die Stärkung der Position Deutschlands in Europa als durchaus negativ für Polen einschätzen, bewerten die deutsch-polnischen Beziehungen am schlechtesten. Personen, die den Stand der deutsch-polnischen Beziehungen für „sehr gut“ bzw. „eher gut“ halten, gehen gewöhnlich davon aus, dass Deutschland zur besseren Zusammenarbeit in Europa und zur Vertiefung der europäischen Integration beiträgt. Und wenn Deutschland dabei eigene Interessen verfolgt, respektiere es zugleich auch die Interessen anderer Staaten. Ähnlich sehen diejenigen, die die deutsch-polnischen Beziehungen mit einer positiven („sehr gut“ bzw. „eher gut“) Bewertung versehen, auch eine partnerschaftliche Behandlung Polens durch Deutschland. Darüber hinaus geht diese Gruppe der Befragten davon aus, dass die gegenseitigen Beziehungen in der letzten Zeit „mehr Polen“ respektive „beiden Ländern gleich“ genutzt hat/haben. Personen, die Polen von deutscher Seite als partnerschaftlich behandelt sehen, äußern gleichzeitig die Meinung, Deutschland trage zur besseren Zusammenarbeit in Europa bei bzw. vertiefe die europäische Integration. Diese Ergebnisse zeigen, dass die Polen Deutschland, seine Rolle in Europa und die deutsch-polnischen Beziehungen ganzheitlich betrachten. Sie nehmen diese Bereiche als stark miteinander verflochten wahr und zeigen sich in ihren Bewertungen dazu stabil.

Die mehrheitlich positiven Ergebnisse sollten jedoch von denjenigen, die sich für die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen aussprechen, nicht zum Anlass genommen werden, sich hiermit nun zufrieden zu geben. Der

gute Zustand und eine gewisse Selbstverständlichkeit und Normalität der gegenseitigen Beziehungen könnten dazu führen, dass die Polen am Fortschritt in diesem Bereich zu zweifeln beginnen. Bereits jetzt – unabhängig von den guten Bewertungen – sind die Befragten nicht besonders stark davon überzeugt, dass diese Beziehungen Polen greifbaren Nutzen bringen. Dies ist ein deutliches Signal dafür, dass man die Öffentlichkeit häufiger und intensiver über die aktuellen Entwicklungen in den deutsch-polnischen Beziehungen und die daraus resultierenden konkreten Vorteile für beide Seiten informieren sollte. Eine erhebliche Rolle spielen dabei die Massenmedien. Trotz der allgemeinen Tendenz, hauptsächlich über Skandale und Konflikte zu berichten, sollten sie auch die guten Seiten der nachbarschaftlichen Kontakte schildern. Des Weiteren lässt sich aus den Studienergebnissen für deutsche Entscheidungsträger der folgende Schluss ziehen: Trotz der allgemein positiven Einstellung zur deutschen Politik wächst die Gruppe derjenigen, die diese Politik kritisch beurteilt, und insgesamt fehlt es den Polen an partnerschaftlicher Behandlung durch Deutschland. Ein noch entschiedeneres Eintreten deutscher Politiker auf europäischer Ebene für die Belange der deutsch-polnischen Partnerschaft wäre deshalb ein deutliches Zeichen dafür, dass die Meinung der Polen in Berlin in angemessener Weise berücksichtigt wird.

## Verzeichnis ausgewählter Publikationen aus dem Bereich der deutsch-polnischen Beziehungen



Nachfolgend aufgeführte Publikationen sind während der letzten Jahre in der Reihe „Studien zur gegenseitigen Wahrnehmung und Analysen der deutsch-polnischen Beziehungen“ erschienen, herausgegeben vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit dem Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen:

- ▶ *Floskeln oder Fakten? Das Programm der deutsch-polnischen Zusammenarbeit auf dem Prüfstand*, Agnieszka Łada  
(Veröffentlichungsjahr: 2012)
- ▶ *Blicken wir in die Zukunft. Die Meinung der Polen über die deutsch-polnische Zusammenarbeit und die Bedeutung der Geschichte in den deutsch-polnischen Beziehungen*, Agnieszka Łada  
(Veröffentlichungsjahr: 2011)
- ▶ *20 Jahre später. Das Meinungsbild in Polen über die Vereinigung Deutschlands und die deutsch-polnischen Beziehungen 20 Jahre nach der Wiedervereinigung*, Agnieszka Łada  
(Veröffentlichungsjahr: 2010)
- ▶ *Polen und Deutsche. Ihr gegenseitiges Bild und ihre Vision von Europa*  
Hrsg. Lena Kolarska-Bobińska, Agnieszka Łada  
(Veröffentlichungsjahr: 2009)
- ▶ *Die Europapolitik Warschaus und Berlins in der deutschen und polnischen Presse*, Beata Ociepka, Agnieszka Łada, Jarosław Ćwiek-Karpowicz  
(Veröffentlichungsjahr: 2008)



## Zur Autorin

**Agnieszka Łada** – Leiterin des Europa-Programms und Senior Analyst am Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten. Promotion in Politikwissenschaft an der Universität Warschau. Studium der Politikwissenschaft in Berlin sowie Aufbaustudium in Organisationspsychologie in Dortmund. *Visiting fellow* am Brüsseler European Policy Centre (2011), *visiting research fellow* an der University of Sussex (2012), Vorstandsvorsitzende der Policy Association for an Open Society (PASOS), Ratsmitglied des Deutsch-Polnischen Jugendwerks und der Kopernikus-Gruppe. Spezialisierung auf folgende Bereiche: EU-Institutionen, insbesondere Europäisches Parlament und EU-Ratspräsidentschaft, Deutschland und deutsch-polnische Beziehungen, polnische Außen- und Europapolitik, Wahrnehmung Polens im Ausland bzw. der Ausländer in Polen.

**DAS INSTITUT FÜR ÖFFENTLICHE ANGELEGENHEITEN (ISP)** ist einer der führenden Think Tanks in Polen und seit 1995 als unabhängiges Zentrum für Forschungen und Analysen tätig. Durch vielfältige Untersuchungen, Gutachten und Empfehlungen zu grundlegenden Fragen des öffentlichen Lebens steht das ISP im Dienst von Staat, Gesellschaft und Bürger.

Das ISP kooperiert dabei eng mit zahlreichen Experten und Forschern wissenschaftlicher Einrichtungen aus dem In- und Ausland. Die Ergebnisse der Forschungsprojekte werden auf Konferenzen und Seminaren vorgestellt, aber auch in Form von einschlägigen Buchpublikationen, Berichten und Policy Papers unter polnischen und ausländischen Parlamentariern, Regierungsgliedern und Angehörigen der Staats-, Kommunal- und EU-Verwaltung, in akademischen Kreisen sowie unter Journalisten und Repräsentanten von NGOs verbreitet.

**DIE KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG (KAS)** ist eine politische Stiftung, die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) nahe steht. Ihr Hauptziel ist die Förderung politischer Bildung zugunsten von Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit, die Unterstützung der europäischen Einigung und der transatlantischen Beziehungen.

In Polen eröffnete die Konrad-Adenauer-Stiftung ihr Büro am 10. November 1989 als Ausdruck der Anerkennung des polnischen Kampfes um Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in ganz Europa. Heute unterstützt die KAS in Polen besonders den Aufbau der Zivilgesellschaft, die Entwicklung des internationalen Parteiendialogs und einer funktionsfähigen Sozial- und Wirtschaftsordnung, die Weiterführung der europäischen Integration sowie die Pflege partnerschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Polen.

Die Stiftung organisiert bzw. mitorganisiert Konferenzen, Seminare, Bildungsveranstaltungen und öffentliche Diskussionen, vergibt Stipendien, realisiert Studien- und Informationsprogramme. Sie veröffentlicht und fördert Publikationen.



„**Deutsch-polnisches Barometer**“ ist ein gemeinsames Projekt des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen. Das Ziel des Projekts ist die regelmäßige Untersuchung und Präsentation der Meinungen von Polen und Deutschen zu den deutsch-polnischen Beziehungen sowie den Herausforderungen, vor die die beiden Staaten gestellt sind.

Die vorliegende Publikation ist im Rahmen des Projekts „Deutsch-polnisches Barometer“ entstanden, das vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen und mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission durchgeführt wurde. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein das Institut für Öffentliche Angelegenheiten; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.



Übersetzung ins Deutsche: Iwona Łatwińska  
Sprachliche Redaktion: Thomas Behrens

© Copyright by Institut für Öffentliche Angelegenheiten,  
Warschau 2012

Vollständige und/oder auszugsweise Nachdrucke von Materialien des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten sind nur mit Einwilligung des Instituts gestattet. Das Zitieren von Textstellen sowie die Verwendung von empirischen Daten sind unter Angabe der jeweiligen Quellen erlaubt.

Herausgeber:  
Stiftung Institut für Öffentliche Angelegenheiten  
00-031 Warschau, ul. Szpitalna 5 / 22  
Tel.: (004822) 556 42 60, Fax: (004822) 556 42 62

ISBN: 978-83-7689-101-9